

Niederschrift PLBUA/IX/23

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 14.02.2017 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

| | | |
|--------------------------|-------------------------------|---------------------------------------------|
| Eilmann, Dirk | | |
| Eimers, Alfred | | Vertretung für Herrn Bernhard Wigger |
| Espelkott, Tobias | | |
| Gövert, Hermann-Josef | | |
| Hemker, Leo | stellv. Ausschussvorsitzender | Vertretung für Herrn Guido Lembeck |
| Kreutzfeldt, Klaus-Peter | | |
| Mensing, Hartwig | | |
| Söller, Hubertus | | Vertretung für Herrn Frederik Deitert |
| Steindorf, Ralf | | Vertretung für Ausschussmitglied Leo Hemker |
| Weber, Winfried | | |

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Von der Verwaltung

| | |
|-------------------|-------------------------|
| Nürnberg, Anna | Kämmerin |
| Brodkorb, Anne | Fachbereichsleiterin |
| Schulz, Alexander | Produktverantwortlicher |
| Heitz, Marco | Schriftführer |

Es fehlen entschuldigt:

Der Vorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Frederik
Wigger, Bernhard

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:15 Uhr

Tagesordnung

Der stellv. Ausschussvorsitzende Hemker begrüßt die Ausschussmitglieder, einen Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 02. Februar 2017 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Gemeindestraßen an Windkraftanlagen auf Legdener Gebiet - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber berichtet, dass durch Baustellenfahrzeuge zur Errichtung von Windkraftanlagen auf Legdener Gemeindegebiet die Wirtschaftswege im „Hegerort“ im OT Holtwick beschädigt werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass die Fahrzeuge die Rosendahler Wirtschaftswege nutzen dürfen. Die Besichtigung des Zustandes der Wege sei bereits erfolgt und es werde kurzfristig eine Vereinbarung mit dem Bauherrn der Windenergieanlagen geschlossen.

.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. Januar 2017.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentlichen Niederschriften über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 12. Dezember 2016 und 26. Januar 2017 gebe.

Es werden keine Einwendungen vorgetragen, daher fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss:**

Die öffentlichen Niederschriften über die Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses PLBUA/IX/21 vom 12. Dezember 2016 und PLBUA/IX/22 vom 26. Januar 2017 werden hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilplan Kalkstein Mitwirkung am Erarbeitungsverfahren - Beteiligung der in ihren Belangen betroffenen öffentlichen Stellen nach § 13 Abs. 1 LPIG i.V. mit § 10 Abs. 1 ROG Vorlage: IX/467

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/467 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Weber sieht Teile der Pläne als geeignet für einen Umweltbericht an. Zudem sollten diese Planungen der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben werden. Er möchte wissen, ob es noch genauere Pläne bezüglich Tiefen gebe und woher die Erkenntnisse stammen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt dazu aus, dass Pläne in einem größeren Maßstab der Bezirksregierung Münster nicht vorliegen.

Ausschussmitglied Eimers ergänzt, dass genauere Karten beim Geologischen Dienst Nordrhein-Westfalen – Landesbetrieb – (www.gd.nrw.de) vorgehalten werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Gegen den Entwurf der Fortschreibung des Regionalplans Münsterland „Sachlicher Teilplan Kalkstein“ bestehen keine Bedenken.

In der Stellungnahme zum Planverfahren erfolgt ein Hinweis auf das FFH-Gebiet (Natura 2000) Vechte und die ehemaligen Altablagerungen (94-Ro 14-3909/05 und 95-Ro15-3909/06) im Bereich des Bockler Berges in Höpingen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 5. Änderung des Bebauungsplanes "Ortskern Darfeld" zur Ausweisung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel im Ortsteil Darfeld (Lebensmittelvollsortimenter); Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 4a BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der von der Änderung der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Vorlage: IX/457

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/457 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Den in Anlage I bis IV beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage V aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Der als Anlage VII zur Sitzungsvorlage Nr. IX/457 beigefügte geänderte Bebauungsplanentwurf zur 5. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Darfeld“ zur Ausweitung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel (Lebensmittelvollsortimenter) im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB mit einer verkürzten Frist erneut öffentlich ausgelegt. Es wird beschlossen, dass Stellungnahmen nur zu den im Planentwurf geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden dürfen. Beteiligt werden zudem die von der geänderten Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch
Vorlage: IX/468**

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/468 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Östlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/468 als Anlage III beigefügten Übersichtsplan zu entnehmen ist, beschlossen.

Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 1. Änderung des Bebauungsplanes "Am Spielberg" im Ortsteil Darfeld im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB);
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB;
Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der durch die Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB
Vorlage: IX/470**

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/470 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Weber möchte wissen, warum der Bebauungsplan über das Grundstück hinaus gelte und eine Dachneigung von 35 – 55 Grad vorgesehen sei.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass es im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Gespräche mit den Anwohnern gegeben habe und zugesagt worden sei, die Gebietsstruktur in dem Baugebiet so weit wie möglich zu erhalten.

Ausschussmitglied Espelkott ergänzt, dass die Anlieger die herrschenden Gegebenheiten der vorhandenen Bebauung gewahrt wissen möchten. Deshalb sei ursprünglich diese Regelung getroffen worden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Das Verfahren zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Am Spielberg“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 13 Baugesetzbuch entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/470 in Anlage III beigefügten Bebauungsplanentwurf durchgeführt.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 1. Änderung des Bebauungsplanes "Grüner Winkel" im vereinfachten Verfahren
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/475**

Stellv. Ausschussvorsitzender Hemker verweist auf die Sitzungsvorlage IX/475 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt gibt bekannt, dass der Beschlussvorschlag auf die Gemarkung „Darfeld“ ausgerichtet sei, im Sachverhalt jedoch auf die Gemarkung „Osterwick“ verwiesen werde.

Fachbereichsleiterin Brodkorb bedankt sich für den Hinweis und sagt eine Richtigstellung zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Das Verfahren zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Grüner Winkel“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 13 Baugesetzbuch entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/475 in Anlage III beigefügten Bebauungsplanentwurf durchgeführt.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Haushaltsplan für das Jahr 2017
Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses
Vorlage: IX/477**

Zu Produkt 10 (Gebäudemanagement) stellt Ausschussmitglied Espelkott den Antrag der WIR Fraktion vor, den Haushaltsansatz 11017100 mit einem Sperrvermerk zu versehen. Er ergänzt, dass es keine Anzweiflung an einer neuen Kindertagesstätte gebe. Durch den Sperrvermerk solle ein Mitspracherecht gewährleistet sein.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass bei dem Haushaltsansatz ein Platzhalter geschaffen worden und eine Änderung der Höhe des Haushaltsansatzes nur erfolgt sei, da entgegen früherer Planungen nicht mehr drei Gruppen, sondern vier Gruppen eingerichtet werden sollen. Zwischenzeitlich habe man auch mit einem möglichen Investor u.a. über die Standortfrage und Umsetzung der Baumaßnahme gesprochen. Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass auch weiterhin den politischen Gremien ein Mitspracherecht zustehe. Er schlägt vor, eine Besichtigung von Kindertagesstätten durchzuführen, um gute Eindrücke für die neue Kindertagesstätte im OT Holtwick zu gewinnen. Formal müsse kein Sperrvermerk gesetzt werden, so Bürgermeister Gottheil.

Ausschussmitglied Steindorf führt aus, dass es in den letzten 13 Jahren nicht üblich gewesen sei, Anträge zur Haushaltsberatung schriftlich einzureichen. Der Betrag für den Neubau der Kindertagesstätte sei auf Antrag der CDU-Fraktion auf 1.500.000 € erhöht worden, weil ein Handlungsspielraum gegeben sein müsse. Er halte den Antrag der WIR-Fraktion auf Setzen eines Sperrvermerks für nicht zielführend.

Ausschussmitglied Weber macht deutlich, dass durch Bürgermeister Gottheil eine sachgerechte Darstellung des Vorhabens vorgenommen worden sei und er der WIR-Fraktion nicht rate, auf den Sperrvermerk zu bestehen. Dies sei kein gutes Signal in der Außendarstellung, so Ausschussmitglied Weber.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt wünsche sich eine schnelle Umsetzung des Vorhabens und wirft den Gedanken auf, ob die Gemeinde nicht selber als Investor auftreten solle.

Ausschussmitglied Espelkott stellt klar, dass keinerlei Zweifel an dem Vorhaben bestehen und die Notwendigkeit zu Schaffung einer neuen Kindertagesstätte gegeben sei. Der Antrag der WIR-Fraktion sei aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren gestellt worden um auf jeden Fall ein Mitspracherecht bei dem Vorhaben zu haben.

Abstimmung über den Antrag der WIR-Fraktion zur Setzung des Sperrvermerks:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Antrag abgelehnt.

Zu Produkt 36 (Verkehrsangelegenheiten) erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Produkt 51 (Bauhof) erläutert Kämmerin Nürnberg ausführlich die Änderungsliste und führt weiter aus, dass sich die Gaskosten minimal erhöhen und eine Anschaffung von Anbaugeräten an die Fahrzeuge des Bauhofes vorgesehen seien. Es erfolgen zu diesem Produkt keine weiteren Wortmeldungen.

Zu Produkt 53 (Räumliche Planung und Entwicklung) erläutert Kämmerin Nürnberg die Änderungsliste ausführlich. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Produkt 54 (Bauen und Wohnen) erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Produkt 55 (Denkmalschutz und Denkmalpflege) möchte Ausschussmitglied Eimers wissen, ob durch die Bürgerschaft keine Anträge auf Förderung gestellt werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt dazu aus, dass vor 2 bis 3 Jahren die letzten Anträge auf Förderung gestellt worden seien. Zur Beantragung von Fördergeldern müsse vorab ein Kostenvoranschlag für die Maßnahme erstellt werden. Dies sei ein großer Verwaltungsaufwand für die beantragende Person und deshalb sähen die Bürger von einer Antragsstellung ab, so Frau Brodkorb. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Zu Produkt 57 (Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen) erläutert Kämmerin Nürnberg umfänglich die Änderungsliste und führt aus, dass nur investive Maßnahmen veranschlagt werden müssen und keine geringwertigen Güter (GWG) unterhalb der 410 € - Grenze.

Bürgermeister Gottheil geht auf den Ansatz der Sach- und Dienstleistungen ein und erläutert, dass durch Ermittlung von Herr Wübbelt eine Erhöhung von 200.000 € auf 230.000 € für das Haushaltsjahr 2020 vorgenommen worden sei.

Ausschussmitglied Eimers teilt mit, dass das Amt für Agrarordnung als Flurbereinigungsbehörde in der Bauernschaft „Höpingen“ im OT Darfeld aktiv sei und bei den Landwirten nach Begehrlichkeiten zur Zusammenlegung von kleineren Flurstücken zu größeren Einheiten fragen. Vertreter des Amtes für Agrarordnung seien gerne bereit, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschuss über die Tätigkeiten in Höpingen zu berichten und Auskunft zu ggf. vorhandenen Fragen geben.

Bürgermeister Gottheil nimmt den Vorschlag auf und führt aus, dass Vertreter des Amtes für Agrarordnung zu einer Sitzung des Rates eingeladen werden sollen, damit alle Ratsmitglieder an dem Termin teilnehmen können. Zu den Haushaltsansätzen beim Produkt 57 erfolgen anschließend keine weiteren Wortmeldungen.

Zu Produkt 58 (Winterdienst) erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Produkt 59 (Natur- und Landschaftsschutz) erläutert Kämmerin Nürnberg umfänglich die Änderungsliste.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, woher die Altlasten in der Bauernschaft „Midlich“ im OT Osterwick kommen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt dazu aus, dass es eine Altablagerung in diesem Bereich gegeben habe. Der Kreis Coesfeld habe nun Bodenuntersuchungen gefordert, die durchgeführt wurden. Da einige Grenzwerte überschritten seien, seien nun weitere Untersuchungen erforderlich.

Ausschussmitglied Weber führt aus, dass die Machbarkeitsstudie vierte Reinigungsstufe im Klärwerk im OT Osterwick eine Signalwirkung habe. Er möchte wissen, nach welchen Stoffen der Kreis Coesfeld Untersuchungen vornehme.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass der Kreis alle bekannten Altlastenstandorte sukzessive durch die Eigentümer untersuchen lasse.

Ausschussmitglied Weber geht auf den Antrag seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Fortschreibung des Umweltberichtes ein, da er diesen als überaus notwendig ansehe. Es sei schon in 2014 ein Antrag auf Einstellung von Mittel im Haushalt für einen Umweltbericht gestellt worden. Die erneute Antragsstellung gründe darauf, so Herr Weber, weil in den letzten Haushalten kein Ansatz für ein Umweltbericht eingestellt worden sei. Er vertritt die Meinung, dass, wenn kein Ansatz im Haushalt vorhanden sei, die Thematik „Umweltbericht“ aus den Augen verloren werde. Seiner Meinung nach habe ein Ansatz eine gute Außendarstellung für die Bürgerschaft.

Bürgermeister Gottheil stellt klar, dass Ansätze nur erhöht werden, wenn eine Notwendigkeit, wie im Falle der neuen Kindertagesstätte im OT Holtwick, gegeben sei.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass kein Ansatz im Haushalt gebildet worden sei, da nach einer Abfrage bei entsprechenden Fachbüros offensichtlich geworden sei, dass ein Umweltbericht weit über 20.000 € kosten werde. Ein Angebot über sogar 90.000 € sei der Gemeindeverwaltung unterbreitet worden. Es sei auch noch zu klären, welche Faktoren in dem Umweltbericht behandelt werden sollen, da das Aufgabengebiet „Umweltbericht“ sehr vielfältig sei. Aus diesem Grunde solle erst das Planverfahren zur Änderung des Gesamtflächennutzungsplans abgewartet werden, so Fachbereichsleiterin Brodkorb.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass durch die Anfrage bezüglich eines Angebotes die Fragestellung aufgekommen sei, was sich die Gemeinde inhaltlich in einem Umweltbericht vorstelle und wie detailliert der Umweltbericht ausfallen solle. Er führt aus, dass im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein Umweltbericht erstellt werden müsse und es daher nicht sinnvoll sei, eine zusätzliche Summe i.H.v. 20.000 € für einen Umweltbericht in den Haushalt einzustellen.

Ausschussmitglied Steindorf führt aus, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit durch die CDU unterstützt worden sei. Auch er sieht ein großes Aufgabenfeld bezüglich der Erstellung eines Umweltberichtes. Er sehe es zurzeit nicht gegeben an, einen Betrag über 90.000 € in den Haushalt einzustellen, da der Handlungsrahmen von „IKEK“ genutzt werden könne. Bei einer tatsächlichen Dringlichkeit zur Vorhaltung eines Umweltberichtes könne eine außerplanmäßige Ausgabe vorgenommen werden.

Ausschussmitglied Weber führt aus, dass die Summe in Höhe von 90.000 € nur aufgrund der Aussage von Fachbereichsleiterin Brodkorb aufgekommen sei. Auch er vertritt die Auffassung, dass ein Umweltbericht nur von einem Fachbüro erstellen werden könne. Hierzu müsse aber ein Ansatz vorhanden sein, damit seiner Meinung nach die Verwaltung überhaupt tätig werden könne.

Ausschussmitglied Steindorf stellt klar, dass nicht angenommen werden solle, dass die Politik inhaltlich gegen einen Umweltbericht sei. Er sehe die veranschlagte Summe von 20.000 € als zu gering an und möchte die Entwicklung des Projektes „IKEK“ abwarten.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt sieht es nicht als Problem an, für den Umweltbericht einen Betrag von 20.000 € in den Haushalt einzustellen. Dies sei seiner Meinung auch eine gute Außendarstellung.

Anschließend lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende Hemker über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einstellung von 20.000 € in den Haushalt 2017 (für das Haushaltsjahr 2017) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen

Antrag abgelehnt

Anschließend lässt stellvertretender Ausschussvorsitzender Hemker über den Antrag von Ausschussmitglied Kreuzfeldt über die Einstellung von 20.000 € mit Sperrvermerk in den Haushalt 2017 (Haushaltsjahr 2017) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Antrag abgelehnt.

Zu Produkt 60 (Öffentliche Grünflächen) erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Die im Entwurf des Haushaltes 2017 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

- 10 Gebäudemanagement
- 36 Verkehrsangelegenheiten
- 51 Bauhof
- 53 Räumliche Planung und Entwicklung
- 54 Bauen und Wohnen
- 55 Denkmalschutz und Denkmalpflege
- 57 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen
- 58 Winterdienst
- 59 Natur- und Landschaftsschutz
- 60 Öffentliche Grünflächen

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2017 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

11 Mitteilungen

11.1 Arbeiten an der Deponie in Höven - Frau Brodkorb

Fachbereichsleiterin Brodkorb gibt bekannt, dass zwei Anträge des Kreises Coesfeld auf Umgestaltung der Deponie in Höven vorliegen. Sie erläutert diese Anträge und berichtet, dass hierzu das gemeindliche Einvernehmen erteilt werde.

12 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

gez. Hemker

Leo Hemker
Ausschussvorsitzender

gez. Heitz

Marco Heitz
Schriftführer